

Niedersachsen in den fünfziger Jahren: Ein schwerer Start ins „Wirtschaftswunder“

Die fünfziger Jahre gelten oft als die Jahre des „Wirtschaftswunders“ und des beginnenden Nachkriegs-Wohlstands, als eine Ära, deren Zeitgenossen sich nach Krieg und Zusammenbruch entschlossen in den Wiederaufbau stürzten und bald schon von der Fress- über die Kleidungs- und Einrichtungs- zur Urlaubswelle ritten.¹ Bei allen berechtigten guten Erinnerungen an die „goldenen Fünfziger“: wie viele Pauschalisierungen stimmt auch dieses Bild nicht ganz, nicht für die Bundesrepublik im Allgemeinen und insbesondere nicht für Niedersachsen.

Richtig ist, dass zu Beginn der fünfziger Jahre die Voraussetzungen für einen Wirtschaftsaufschwung in Niedersachsen nicht ungünstig waren: Die größten Schäden am industriellen Maschinenpark waren beseitigt, die Demontagen beendet, und das industrielle Anlagevermögen war nach den beispiellosen Rüstungsanstrengungen der Nazizeit sogar gewachsen – man denke etwa an die neu entstandenen Großkomplexe im Raum Peine-Salzgitter und in Wolfsburg.² Mit den Flüchtlingen und Vertriebenen stand zudem ein gut qualifiziertes und notgedrungen hoch flexibles Arbeitskräftereservoir zur Verfügung.³ Auch die am Ende der vierziger Jahre eingeleiteten wirtschaftlichen Konsolidierungsmaßnahmen – Marshall-Plan und ERP-Programm ERP, Bewirtschaftungsende und Währungsreform⁴ – entfalteten schon bald ihre Wirkung. Zudem gab es nach der Landesgründung durch den Neuaufbau der Verwaltung wieder Planungssicherheit für Unternehmen. Und schließlich sorgte der Korea-Krieg seit 1950 für eine starke internationale Nachfrage nach Industriegütern, von der die deutsche Industrie profitierte – auch in Niedersachsen⁵.

Richtig ist aber auch, dass auf die Währungsreform zunächst eine kurze, aber heftige Wirtschaftskrise mit einem starken Nachfrageeinbruch und hoher Arbeitslosigkeit folgte. Das Geld war knapp, und auch viele Betriebe hatten sich nun, wo wieder echte Löhne gezahlt werden mussten, von ihren Beschäftigten getrennt, v.a. in der

Landwirtschaft.⁶ Erst ab 1952 gab es in Westdeutschland ein stabiles, „sich selbst tragendes Wachstum“⁷.

Auch Niedersachsen konnte an die darauf folgende, gute Entwicklung anknüpfen, blieb aber in Folge struktureller Probleme hinter der Gesamtentwicklung und insbesondere hinter prosperierenden Regionen wie dem Rhein-Ruhr-Raum zurück⁸. Dies wurde etwa in einem über die ganzen fünfziger Jahre hindurch niedrigeren Lohnniveau und einer stets erhöhten Arbeitslosigkeit deutlich⁹. Im Krisenjahr 1950 lag sie mit 17 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt von 10 Prozent und betrug auch 1958 noch immer 5,1 statt 3,5 Prozent.¹⁰ Das Durchschnittseinkommen in Niedersachsen lag selbst 1969 noch um 11 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.¹¹

Ein Hintergrund dieser Entwicklung lag in der überdurchschnittlich starken Belegung des Landes mit Flüchtlingen und Vertriebenen. Niedersachsen war nach Schleswig-Holstein das am stärksten von der Zuwanderung betroffene Bundesland¹². Schon bis 1950 war die niedersächsische Bevölkerung durch den Zustrom gegenüber 1939 um mehr als die Hälfte auf knapp 7 Mio. Menschen angewachsen¹³ – und das, obwohl in den Städten und Gemeinden jede 8. Wohnung zerstört war.¹⁴ Auch danach hielt der Zustrom noch an; 1961 war etwa jeder dritte niedersächsische Einwohner Flüchtling oder Umsiedler aus dem Osten.¹⁵

Im Gegensatz zur unmittelbaren Nachkriegszeit waren die fünfziger aber eher ein Jahrzehnt der Binnenwanderung, denn schon bald war klar geworden, dass die überwiegend ländlichen Hauptaufnahmegebiete der ersten Flüchtlingswelle ihre neuen Bewohner nicht ernähren konnten. Zudem waren viele Flüchtlinge Städter, die sich auf dem Dorf nicht nur wegen der kulturellen Unterschiede unwohl fühlten, sondern hier auch kaum Arbeit fanden. Etwa ein Drittel der niedersächsischen Flüchtlinge kam 1950 aus Schlesien mit seinen ehemals wirtschaftsstarken Industrievieren; immerhin 5% kamen aus Berlin.¹⁶

Sobald die Verhältnisse es zuließen, setzte daher eine Abwanderungsbewegung in die Städte und gewerblichen Zentren ein. Hier konzentrierte sich die Bautätigkeit, unterstützt durch eine massive öffentliche Förderung im Rahmen des Lastenausgleichs und des Sozialen Wohnungsbaus. Der Grunderwerb in der „neuen Heimat“, und sei es im noch so kleinen Siedlungshäuschen, war vor allem für ehemals grundbesitzende Ostflüchtlinge von großer psychologischer Bedeutung.

Dennoch: Trotz erheblicher Investitionen, öffentlicher Subvention und unermüdlicher Selbsthilfe blieb Niedersachsen wegen seiner chronischen Finanzschwäche während des ganzen Jahrzehnts das Land mit der höchsten Wohnungsnot.¹⁷

Viele Flüchtlinge verließen Niedersachsen daher auch ganz wieder, um vor allem im wirtschaftlich aufblühenden Ruhrgebiet Arbeit zu suchen. 1950–1955, in nur fünf Jahren, schrumpfte die niedersächsische Bevölkerung so um immerhin 3%.¹⁸ Vor allem in kleineren, ländlichen Ortschaften reduzierten sich die nach dem Krieg „explodierten“ Einwohnerzahlen nun bald wieder um bis zu 50%.¹⁹

Damit wird deutlich, dass die eigentlichen Probleme des neuen Bundeslands in seiner wirtschaftlichen Struktur lagen. Die Industriezonen des zweitgrößten Flächenstaates der Republik waren nur dünn gesät, sie lagen, wie Hamburg, Bremen und Ruhrgebiet, außerhalb der Landesgrenzen, oder sie litten in besonderer Weise unter Kriegsfolgeschäden und Demontagedrohungen²⁰. Der Marinestandort Wilhelmshaven etwa hatte nach der Stilllegung der Weltkriegsflotte erhebliche Schwierigkeiten, eine neue wirtschaftliche Basis zu finden. Salzgitter wurde als wichtigster niedersächsischer Schwerindustrie-Standort von der britischen Besatzungsbehörde als friedensbedrohend betrachtet; hier endeten die Demontagen trotz vielfacher Proteste von Arbeitnehmern und Landesregierung erst 1951. Zudem war das wirtschaftliche Gefüge dieser Region, wie auch des ganzen Landes, durch die Abtrennung der Ostgebiete gestört. Spätestens mit der Staatsgründung 1949 war klar geworden, dass Niedersachsen dauerhaft über eine 564 km lange und nahezu undurchlässige Grenze verfügen würde; eine wirtschaftlich schwere Hypothek.

Im Kontrast zu diesem eher bedrückenden Bild gab es in Niedersachsen natürlich auch positive Entwicklungen. Es entstanden wirtschaftliche „Leuchttürme“ von internationaler Bedeutung wie etwa die Industrie-Messe in Hannover oder das VW-Werk in Wolfsburg. Und es setzte in zahllosen Städten und Gemeinden eine Art zweiter Industrialisierungswelle ein, in der viele traditionsreiche Handwerksbetriebe, aber auch zahlreiche Neugründungen der Nachkriegszeit zu beachtlichen Unternehmen heranwuchsen. Es wurde also schrittweise und auch zunehmend schneller besser. Dennoch: Erst um 1960 gab es im Land des Volkswagens mehr

Autos als Motorräder²¹, und noch immer arbeiteten hier rund 6 Prozent weniger Menschen im gewerblichen Bereich, als im Bundesdurchschnitt.²²

Umgekehrt, und das war das dritte Problem des Bundeslandes, war Niedersachsen besonders stark von der Landwirtschaft abhängig²³. 1950 lebte noch fast ein Drittel (statt bundesweit ein Fünftel) der Erwerbstätigen von diesem Wirtschaftszweig,²⁴ obwohl auch die Situation der Landwirtschaft durchaus nicht einfach war. Erst 1952 wurde die Vorkriegsproduktion wieder erreicht²⁵. Etwa ein Zehntel der Flächen im Bundesland waren Ödland und Moore. Gerade hier, aber auch in vielen anderen Gebieten war die Erschließung katastrophal, so dass die Bedingungen sowohl für den Absatz der Produkte als auch für die Mechanisierung der Höfe schlecht waren – trotz aller NS-Propaganda von der „eigenen Scholle“ hatte sich auf vielen Betrieben ein bis 1914 zurück reichender Investitionsstau aufgetürmt. Während in den USA schon die Traktoren und Erntemaschinen über die Felder fuhren, wurden in ganz Niedersachsen 1948 auf knapp 250.000 Höfen gerade 12.000 Trecker gezählt.²⁶ Überdies setzte angesichts karger Löhne schon bald eine Abwanderung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften ein – von 1950 bis 1960 reduzierte sich ihr Bestand um mehr als ein Drittel –, so dass eine zunehmende „Leutenot“ spürbar wurde²⁷.

Von der Landesregierung wurden daher seit Anfang der fünfziger Jahre zahlreiche Strukturprogramme zur Wirtschaftsförderung aufgelegt. Hierzu gehörten etwa das noch 1949 beschlossene Flüchtlingssiedlungsgesetz, der 1951 in die Umsetzung eintretende Emslandplan, das Flurbereinigungsgesetz von 1953 sowie der Küstenplan und das Zonenrandprogramm von 1954.

Das Flüchtlingssiedlungsgesetz v. 10.8.1949 sollte die Aufteilung von Staatsdomänen zu Siedlungszwecken fördern und die Ödlandkultivierung vorantreiben – ein Thema des im fünfziger-Jahre-Programm gezeigten Films „Neuzeitliche Moorkultivierung“ (1948). Das Gesetz war eine Antwort auf die v.a. von Flüchtlingen erhobene Forderung nach einer Bodenreform und konnte zudem als Reaktion auf die Güteraufteilungen in der DDR verstanden werden. Bis 1962 wurden in Niedersachsen fast 40.000 landwirtschaftliche Vertriebenen-Siedlerstellen geschaffen, das waren fast 30% des bundesdeutschen Gesamtergebnisses.

Der bereits 1948 beschlossene Emslandplan nahm 1951 durch die Gründung der Emsland-GmbH. feste Gestalt an. Sein Ziel war eine umfassende Entwicklung des rund 3000 qkm großen Emsland-Gebietes, das „Anfang der fünfziger Jahre zu den größten Problemregionen der neuen Bundesrepublik“ zählte²⁸ und überwiegend aus schlecht erschlossenen Moorgegenden bestand. Die Investitionen – allein vom Land Niedersachsen flossen bis 1963 fast 200 Mio. DM in das Projekt²⁹ – konzentrierten sich in den fünfziger Jahren v.a. auf die Landwirtschaft, das heißt auf die Flurbereinigung sowie den landwirtschaftlichen Straßen- und Wegebau.

Vornehmliches Ziel des Küstenplans von 1954 – Hintergrund des Films „Seedeich, Schutzwall der Küste“ (1957) – war natürlich zunächst eine Verbesserung des Küstenschutzes. Anlass für das viele Millionen DM schwere Programm war die große niederländische Sturmflut von 1953, die auch auf deutscher Seite Versäumnisse deutlich gemacht hatte. Daneben ging es aber auch hierbei um Landwirtschaftsförderung, etwa durch Neulandgewinnung und durch Entwässerung der Marschgebiete. Bereits in der großen Sturmflut von 1962 bewährten sich die neu gebauten Anlagen.

Die politischen Voraussetzungen für diese aufwändigen Maßnahmen waren in Niedersachsen in den fünfziger Jahren nur mäßig günstig. Zwar gelten die eineinhalb Jahrzehnte nach Gründung des Landes Niedersachsen als die Ära des „roten Welfen“ und Sozialdemokraten Hinrich Wilhelm Kopf, der 1946–1955 und von 1959 bis zu seinem Tod 1961 erneut die Landesregierung führte. Selbst während der Regierungszeit Heinrich Hellweges von der Deutschen Partei 1955–1959 war Kopf seit 1957 im Rahmen einer Großen Koalition wieder als Innenminister beteiligt. Dennoch war die landespolitische Arbeit in den fünfzigern durch zahlreiche Wechsel geprägt, da v.a. das bürgerliche Lager politisch weit aufgesplittert war.³⁰ In den insgesamt sechs Kabinetten dieses Jahrzehnts regierte Kopfs SPD zunächst im Wechsel mit der CDU, dem katholischen Zentrum und der Vertriebenenpartei GB/BHE. Letztere erlangte in Niedersachsen wegen der großen Flüchtlingszahl ein besonderes Gewicht und erreichte bei der Landtagswahl 1951 auf Anhieb 21 Sitze. Erst gegen Ende des Jahrzehnts begann ihre Popularität bei den Wählern zu sinken – auch ein Zeichen für eine wachsende Integration der Flüchtlinge.³¹

Heinrich Hellwege (DP/CDU) gründete seine Regierungsmacht 1955–1957 auf eine Koalition mit FDP und GB/BHE, 1957–1959 dann auf eine große Koalition mit der SPD. Diese setzte die Koalition 1959 mit FDP und GB/BHE fort, nachdem die Einführung der 5%-Klausel die Zahl der Landtagsparteien reduziert hatte.

Wenn auch das bis dahin recht breite Parteienspektrum unter anderem eine Folge regionaler Unterschiede war: Die Einheit des 1946 gebildeten Landes stand in den fünfziger Jahren nicht mehr infrage. Die Forderungen nach Volksabstimmungen in Schaumburg-Lippe und Oldenburg über die Wiederherstellung der früheren Länder erreichen nur noch 15,3 bzw. 12,9 Prozent Zustimmung.

Politische Wellen über Niedersachsen hinaus schlug in dieser Zeit neben dem unschönen Auftreten von Rechtsradikalen im Landtag – erinnert sei an die Wahlerfolge der „Sozialistischen Reichspartei“ SRP und der „Deutschen Reichspartei“ DRP bei den Landtagswahlen 1951 und 1955 sowie an den 1955 zum Rücktritt gezwungenen Kultusminister Leonhard Schlüter (FDP)³² – v.a. das von der sozialdemokratischen Landesregierung 1954 beschlossene Schulgesetz. Es gab christlichen „Gemeinschaftsschulen“ Vorrang vor konfessionell gebundenen „Bekenntnisschulen“ und beschwor dadurch zahlreiche Elternproteste sowie einen heftigen, bisweilen sogar als „kleinen Kulturkampf“ titulierten Konflikt mit der katholischen Kirche herauf. Auf der anderen Seite zeigte sich das herausgehobene Interesse der Regierung Kopf am Bildungs-, Jugend- und Kulturbereich an einer breiten Palette von Fördermaßnahmen – einschließlich der Unterstützung von internationalen Jugendbegegnungen, dem Thema des Films „Jugend schaut über die Grenzen“ (1952). Hierbei ging es im Sinne einer aktiven Aussöhnung um den Abbau von Ressentiments gegenüber den ehemaligen Kriegsgegnern durch die Herstellung von persönlichen Kontakten, also um eine internationale Versöhnung im besten, europäischen Sinne.

Das hiermit angesprochene kulturelle Leben des Landes spannte sich, wie auch anderswo, zwischen dem großen Bedürfnis nach schlichter Abwechslung vom harten Arbeitsalltag und dem Bestreben nach Wiederherstellung eines anspruchsvollen Kulturbetriebs, wie er vor dem Desaster des Krieges noch bestanden hatte. Der Hunger nach Neuem, insbesondere nach dem kulturellen Anschluss an die internationale Entwicklung nach der kulturpolitischen Isolation der NS-Zeit wurde

ergänzt durch das Bedürfnis nach Rückbesinnung auf traditionale, scheinbar stabile Weltansichten, wie sie sich z.B. im schier unerschöpflichen Schlager-Repertoire der fünfziger Jahre oder in den zahlreichen „Heimatfilmen“ jener Zeit widerspiegeln.³³ Überhaupt: Neben Theater- und Konzertbesuchen für das eher bürgerliche Publikum und den nun überall verbreiteten Radios waren die fünfziger die Hochzeit des Kinos, bis mit der Verbreitung des Fernsehers dessen allmählicher Niedergang einsetzte. Auch mit den „Halbstarken“-Unruhen und dem Einzug von Jazz und Rock'n'Roll in die Kellerclubs größerer niedersächsischer Städte deuteten sich seit der Mitte des Jahrzehnts zaghaft bereits die kulturellen Aufbrüche der sechziger Jahre an³⁴ – wie auch mit dem Appell der „Göttinger achtzehn“, der 1957 zum Initiationskern einer bundesweiten Protestbewegung gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr wurde.

Alles in allem war Niedersachsen in den fünfziger Jahren so durch eine Entwicklung gekennzeichnet, in der Vieles tatsächlich besser wurde, aber in der Vieles auch erst durch mühsame Arbeit besser gemacht werden musste. Während zu Beginn des Jahrzehnts noch zahlreiche Lebensumstände – etwa in der Wohnungssituation, in der Versorgung mit Möbeln, Geräten und Nahrungsmitteln oder selbst im kulturellen Leben – an die direkte Nachkriegszeit oder gar die Vorkriegsjahre erinnerte, schien für die Masse der niedersächsischen Einwohner erst in den Jahren um 1960 endlich etwas vom Wohlstandsversprechen der „goldenen fünfziger“ auf – und dies war immerhin eine hoffnungsfrohe Perspektive für das nachfolgende Jahrzehnt.

¹ So mit kritischem Blick Michael Wildt, Privater Konsum in Westdeutschland in den 50er Jahren, in: Axel Schildt und Arnold Sywottek, *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre*, Studienausgabe, Bonn 1998 (Originalausgabe: Hamburg 1993), S. 276.

² In der englisch-amerikanischen Bizone lag der industrielle Anlagenwert schon 1948 um rund 11% über dem Wert von 1936, vgl. Werner Abelshäuser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 50, hg. v. H. Rothfels und T. Eschenburg i. A. des Instituts für Zeitgeschichte, Stuttgart 1975, S. 118 u. 121. Ähnliche Einschätzungen geben Harald Winkel, *Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945–1970*, Wiesbaden 1974, S. 48 und Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 119 u. 126.

³ Vgl. Werner Abelshäuser, *Die langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966*, Düsseldorf 1987, S. 38, desgl. Gerold Ambrosius, *Das Wirtschaftssystem*. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2, *Wirtschaft*; Frankfurt a. M. 1989, S. 11–81, hier S. S. 28 f.

⁴ Vgl. Görtemaker 1999 (wie Anm. 2), S. 138.

⁵ Vgl. Abelshäuser 1987 (wie Anm. 3), S. 21.

⁶ Vgl. Heinrich Bechtel, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. Wirtschaftsstile und Lebensformen von der Vorzeit bis heute*. München 1967, S. 472.

⁷ Werner Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*; Frankfurt 1983, S. 70.

⁸ Vgl. einleitend Bernd Weisbrod, *Der schwierige Anfang in den fünfziger Jahren. Das „Wirtschaftswunder“ in Niedersachsen*. In: Bernd Weisbrod (Hg.), *Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen*, Hannover 1998, S. 11–27.

⁹ Vgl. Josef Mooser, Regionalisierung und Kontraste in der Arbeitergeschichte der fünfziger Jahre, in: Weisbrod 1998 (Hg.) (wie Anm. 8), S. 197 ff. Zum niedersächsischen Spitzenwert von 1950 vgl. Matthias Riedel, Die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen 1945–1950. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, hg. v. d. Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Bd. 55, 1983, S. 129–206.

¹⁰ Vgl. Weisbrod 1998 (wie Anm. 8), S. 23 f.

¹¹ Vgl. Karl-Hans Hauptmeyer, Niedersächsische Landesgeschichte und historische Regionalentwicklung im Überblick. Oldenburg 2004, S. 130.

¹² Vgl. Betrifft: Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. v. Bundesminister d. Inneren, Bonn 1982, S. 25.

¹³ Vgl. Ulrich Schneider, Niedersachsen 1945/46. Kontinuität und Wandel unter britischer Besatzung, Hannover 1984, S. 82.

¹⁴ Vgl. Dieter Brosius, Landes- und Demokratiegründung nach 1945. In: Hucker, Bernd Ulrich; Schubert, Ernst; Weisbrod, Bernd: Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 602–618, hier S. 616.

¹⁵ Vgl. Schildt, Axel: Landestradiation und moderne Lebenswelt: Niedersachsen seit den sechziger Jahren – eine Skizze. In: Hucker/Schubert/Weisbrod 1997 (wie Anm. 14), S. 651–663, hier S. 651.

¹⁶ Vgl. Peter Marschalck, Bevölkerung und Wanderung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Klaus J. Bade (Hg.): Fremde im Land. Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 1997, S. 45–75, hier S. 52.

¹⁷ Auffarth, Sid, und v. Saldern, Adelheid: Der soziale Wohnungsbau in Niedersachsen während der 50er Jahre. In: Weisbrod 1998 (Hg.) (wie Anm. 8), S. 161–182, hier S. 162.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 55.

¹⁹ Vgl. Doris v. d. Brelie und Helga Grebing, Flüchtlinge in Niedersachsen, in: Hucker/Schubert/Weisbrod 1997 (wie Anm. 14), S. 619–634, hier S. 633.

²⁰ Vgl. Weisbrod 1998 (wie Anm. 8), S. 17 ff., ähnlich auch Brosius 1997 (wie Anm. 14), S. 616 f.

²¹ Vgl. Weisbrod 1998 (wie Anm. 8), S. 18.

²² Vgl. ebenda, S. 17.

²³ Vgl. für Niedersachsen Albrecht Thaer-Gesellschaft (Hg.): Die Landwirtschaft Niedersachsens 1914–1964, Celle 1964; Landwirtschaft in Niedersachsen, hg. v. Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hannover 1993; Karl H. Schneider, Der langsame Abschied vom Agrarland. In: Weisbrod 1998 (Hg.) (wie Anm. 8), S. 133–160.

²⁴ Vgl. Schneider 1998 (wie Anm. 23), S. 139.

²⁵ Vgl. ebenda, S. 136.

²⁶ Vgl. Hauptmeyer 2004 (wie Anm. 10), S. 128.

²⁷ Vgl. Schneider 1998 (wie Anm. 23), S. 136 ff.

²⁸ Ebenda, S. 154.

²⁹ Vgl. ebenda, S. 156.

³⁰ Vgl. Günter Trittel, Die verzögerte Normalisierung. Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit. In: Hucker/Schubert/Weisbrod 1997 (wie Anm. 15), S. 635–650.

³¹ 1955 erreichte die Partei bei der Landtagswahl noch 17, 1959 noch 13 Sitze. 1963 scheiterte die Partei – trotz oder wegen des Zusammenschlusses mit der DP zur Gesamtdeutschen Partei GDP – bereits an der 5%-Klausel.

³² Vgl. Trittel 1997 (wie Anm. 30).

³³ Vgl. hierzu Irmgard Wilharm, Der Heimatfilm in Niedersachsen. In: Weisbrod 1998 (Hg.) (wie Anm. 8), S. 47–56.

³⁴ Vgl. hierzu für Hannover Heiko Geiling, Das andere Hannover. Jugendkultur zwischen Rebellion und Integration in der Großstadt, Hannover 1996.